Erste Auswahl von Vorschlägen der Expertinnen und Experten des Zukunftsdialogs, die mit dem Ziel der Umsetzung einer genaueren Prüfung unterzogen werden:

1. Jährlicher Familiengipfel auf Einladung der Bundeskanzlerin mit Akteuren aus Politik, Wissenschaft, Verbänden, Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Kirchen, kommunalen Spitzenverbänden, Ländern etc. zu konkreten Themen der Familienpolitik und des Zusammenlebens der Generationen.
   (Siehe Vorschlag 1 der Arbeitsgruppe „Familie“, Thema I)
   Nächster Schritt: Gespräch der Bundeskanzlerin mit Bundesministerin Dr. Schröder zur Prüfung eines Konzepts für das 1. Halbjahr 2013.

2. Individualisierte Lebensarbeitszeitgestaltung: gesetzlicher Rahmen für Möglichkeit von Zeitbudgets z. B. für Kinderbetreuung, Pflege, Weiterbildung, ehrenamtliche Tätigkeit etc.
   (Siehe Vorschlag 5 der Arbeitsgruppe „Arbeiten im demografischen Wandel“, Thema II)
   Nächster Schritt: Gespräch der Bundeskanzlerin mit Bundesministerin Dr. Schröder und Bundesministerin Dr. von der Leyen mit der Bitte um Prüfung in der im Rahmen der Demografiestrategie eingesetzten Arbeitsgruppe B „Motiviert, qualifiziert und gesund arbeiten“.

3. Erarbeitung eines nationalen Demenzplanes mit Zielen und Maßnahmen u. a. zur Verbesserung der Versorgung, zur Erhöhung der gesellschaftlichen Akzeptanz und zur interdisziplinären Versorgungsforschung.
   (Siehe Vorschlag 8 der Arbeitsgruppe „Zusammenleben der Generationen“, Thema I)
   Nächster Schritt: Gespräch der Bundeskanzlerin mit Bundesminister Bahr und Bundesministerin Dr. Schröder mit der Bitte um Prüfung in der im Rahmen der Demografiestrategie eingesetzten Arbeitsgruppe C „Selbstbestimmtes Leben im Alter“, Schwerpunkt 2: „Allianz für Menschen mit Demenz“.

4. Individueller Kompetenzpass als Begleiter für lebenslanges Lernen, um formelle und informelle Kompetenzen kontinuierlich im Weiterentwicklungsprozess darstellen und nachweisen zu können.
   (*Siehe Vorschlag 1 der Arbeitsgruppe „Berufliches und lebenslanges Lernen", Thema III sowie Vorschlag eines Bürgers beim Bürgergespräch in Heidelberg)*
   Nächste Schritte: (1) Gespräch der Bundeskanzlerin mit Bundesministerin Prof. Dr. Schavan, um auf Basis laufender nationaler und EU-Initiativen und vorhandener Forschungsergebnisse einen nationalen Prozess mit allen Stakeholdern anzustoßen. (2) Prüfung in der im Rahmen der Demografiestrategie eingesetzten Arbeitsgruppe E „Bildungsbiografien fördern" und (3) in den regelmäßigen Gesprächen mit Sozialpartnern und Wissenschaft.

5. „Junge Menschen auf der Walz": Möglichkeiten für junge Menschen, Nicht-Akademiker und Akademiker, in der Frühphase des Berufslebens Erfahrungen im Ausland zu sammeln und damit positive Effekte für die weltmarktorientierte deutsche Wertschöpfung zu schaffen.
   (Siehe Vorschlag 5 der Arbeitsgruppe „Innovationskultur", Thema II)
   Nächster Schritt: Gespräch der Bundeskanzlerin mit Bundesministerin Prof. Dr. Schavan mit Bitte um Prüfung, wie in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft die internationale Mobilität junger Berufstätiger gefördert werden kann.

6. Stärkung der dualen Berufsausbildung vor allem durch qualifizierte Öffnung des Systems nach unten, Durchlässigkeit nach oben und höhere Flexibilität bei der Anpassung der Bildungsinhalte sowie Konzeption einer „Dualen Weiterbildung 50plus".
   (Siehe Vorschläge 1a und 1b der Arbeitsgruppe „Zukunft der Arbeit", Thema II)
   Nächster Schritt: Gespräch der Bundeskanzlerin mit Bundesministerin Prof. Dr. Schavan und Bundesministerin Dr. von der Leyen mit der Bitte um Prüfung u.a. in der im Rahmen der Demografiestrategie eingesetzten Arbeitsgruppe B „Motiviert, qualifiziert und gesund arbeiten".

7. Einrichtung eines deutschlandweiten Gesundheitsmonitors, der es ermöglicht, Aussagen über den physischen und psychischen Gesundheitsstand und die maßgeblichen Arbeitsbedingungen von Beschäftigten in Deutschland zu treffen.
   (Siehe Vorschlag 8 der Arbeitsgruppe „Arbeiten im demografischen Wandel", Thema II)
   Nächster Schritt: Gespräch der Bundeskanzlerin mit Bundesminister Bahr mit der Bitte um Prüfung in der im Rahmen der Demografiestrategie eingesetzten Arbeitsgruppe B „Motiviert, qualifiziert und gesund arbeiten".

8. Einführung einer Statistik-ID zur besseren Verknüpfung von Ausbildungs- und Sozialdaten, um Informationslücken zu überwinden, Präventionsmaßnahmen früh ergreifen und Folgekosten vermeiden zu können.
   (Siehe Vorschlag 11 der Arbeitsgruppe „Integration bildungs- und arbeitsmarktferner Jugendlicher in Ausbildung und Beschäftigung", Thema III)
   Nächster Schritt: Gespräch der Bundeskanzlerin mit Bundesministerin Dr. von der Leyen und Bundesminister Dr. Friedrich.

9. Etablierung eines Bildungsrates als Forum zur bundesweiten Diskussion über Bildungsinhalte und die Weiterentwicklung des Bildungssystems.
   (Dieser Vorschlag knüpft an einen Vorschlag der Bundesministerin Prof. Dr. Schavan an. Er schafft eine Möglichkeit, die bildungspolitischen Diskussionen und Vorschläge der Experten u. a. der Arbeitsgruppen „Potenzialentfaltung und selbstverantwortliche Lebensgestaltung", „Gemeinsinn und soziale Kompetenzen" und „Digitale Kompetenzen" des Themenfeldes III aufzugreifen.)
   Nächste Schritte: (1) Gespräch der Bundeskanzlerin mit Bundesministerin Prof. Dr. Schavan mit der Bitte um Entwicklung eines Konzeptvorschlags für 2013. (2) Gespräch mit Ländern und Akteuren der Bildungspolitik über den Konzeptvorschlag.

10. Neuausrichtung des Bildungs- und Ausbildungssystems, von der Fokussierung auf formale Abschlüsse hin zu einer stärkeren Berücksichtigung von persönlichen Potenzialen und Kompetenzen.
    (Siehe Vorschläge der Arbeitsgruppen „Potenzialentfaltung und selbstverant-

wortliche Lebensgestaltung“ und „Gemeinsinn und soziale Kompetenzen“ sowie Vorschlag 1 und 2 der Arbeitsgruppe „Berufliches und lebenslanges Lernen“, Thema III)

Nächster Schritt: Gespräch der Bundeskanzlerin mit Bundesministerin Prof. Dr. Schavan. Bitte um Vertiefung des Themas in der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der Demografiestrategie eingerichteten Arbeitsgruppe „Bildungsbiografien fördern“ (erste Sitzung 7. September 2012).

11. Erleichterung des sozialen Unternehmertums und des ehrenamtlichen Engagements, u. a. durch Änderung im Vereinsrecht, in der Abgabenordnung und im Steuerrecht.

    (Siehe Vorschlag Nr. 9 der Arbeitsgruppe „Chancen und Grenzen der Bürgerbeteiligung“, Thema I sowie Vorschlag von Marion Seeber beim Bürgergespräch in Erfurt und Vorschlag „Infrastrukturmaßnahmen für soziales Unternehmertum“ von Dr. Torsten Pietrek, Teilnehmer des Gesprächs der Bundeskanzlerin mit 20 Mitwirkenden des Online-Bürgerdialogs)

    Nächster Schritt: Gespräch der Bundeskanzlerin mit Bundesministerin Leutheusser-Schnarrenberger und Bundesminister Dr. Schäuble mit Bitte um Prüfung.

12. Bürgerdialog zu Zukunftsfragen der Lebensqualität „Vision 2040 – für meine Kinder“

    (Siehe Vorschlag 1 der Arbeitsgruppe „Wohlstand, Lebensqualität und Fortschritt“, Thema II)

    Nächster Schritt: Nähere Prüfung durch das Bundeskanzleramt im Lichte des Abschlussberichts der Enquete-Kommission des deutschen Bundestages, der im Sommer 2013 vorgelegt wird.

13. „Fortschrittsbericht Lebensqualität“: regelmäßige und ressortübergreifende Stellungnahme der Bundesregierung zu den wichtigsten Politikbereichen rund um Lebensqualität.

    (Siehe Vorschlag 8 der Arbeitsgruppe „Wohlstand, Lebensqualität und Fortschritt“, Thema II)

Nächster Schritt: Nähere Prüfung durch das Bundeskanzleramt, ob Ausbau existierender Berichte oder Etablierung eines Querschnittsberichts denkbar.

14. Jährliche Europa-Konferenz in Berlin unter Schirmherrschaft der Bundeskanzlerin, die Politik, Wissenschaft und Kultur zusammenbringt, um die zentralen Fragen der Europapolitik zu erörtern, mit Europarede der Bundeskanzlerin.
(Siehe Vorschlag 11 der Arbeitsgruppe „Deutschlands Selbstbild", Thema I)
Nächsten Schritte: (1) Gespräch der Bundeskanzlerin mit Bundesminister Dr. Westerwelle. (2) Nähere Prüfung durch das Bundeskanzleramt zur Erarbeitung eines Konzepts für eine Veranstaltung im Jahr 2013 in Ergänzung der Europa-Kommunikation der Bundesregierung.

15. Etablierung eines „Internationalen Deutschlandforums" als regelmäßiges Treffen deutscher und internationaler Entscheidungsträger und Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft mit dem Ziel, gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Transformations-, Modernisierungs- und Innovationsvorhaben zu diskutieren.
(Siehe Vorschlag 1 der Arbeitsgruppe „Deutschland in den Augen der Welt", Thema I)
Nächster Schritt: (1) Gespräch der Bundeskanzlerin mit Bundesminister Dr. Westerwelle. (2) Nähere Prüfung und Erarbeitung von Umsetzungsvorschlägen in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt mit dem Ziel eines ersten Forums 2013.

16. Stärkung der Opferinteressen durch Änderung der Strafprozessordnung und des Strafgesetzbuchs; Angleichung des Opferbegriffs und des Opferschutzes im sozialen Entschädigungsrecht, in der gesetzlichen Unfallversicherung sowie im Beamtenrecht und Vereinfachung des Antragswesens.
(Siehe Vorschlag 5 und 6 der Arbeitsgruppe „Kriminalität und Sicherheit", Thema I)
Nächster Schritt: Gespräch der Bundeskanzlerin mit Bundesminister Dr. Friedrich und Bundesministerin Leutheusser-Schnarrenberger mit der Bitte um Prüfung.

17. Gründung eines interdisziplinären „Nationalen Zentrums für Kriminalprävention“ zur Erarbeitung und Aufbereitung von empirisch fundiertem Wissen für eine evidenzbasierte Kriminalprävention.
    (Siehe Vorschlag 1 der Arbeitsgruppe „Kriminalität und Sicherheit“, Thema I)
    Nächster Schritt: Gespräch der Bundeskanzlerin mit Bundesminister Dr. Friedrich und Bundesministerin Leutheusser-Schnarrenberger mit der Bitte um Prüfung.

18. Verbesserung der Bekämpfung der Internetkriminalität durch (zu erarbeitende) Maßnahmen im präventiven und im repressiven Bereich.
    (Siehe Vorschlag 14 der Arbeitsgruppe „Kriminalität und Sicherheit“, Thema I)
    Nächster Schritt: Gespräche der Bundeskanzlerin mit Bundesminister Dr. Friedrich und Bundesministerin Leutheusser-Schnarrenberger mit der Bitte um Prüfung durch die Fachressorts und Erarbeitung von Vorschlägen.

19. Einrichtung eines „Metalabels Nachhaltigkeit“ für Produkte.
    (Siehe Vorschlag 10 der Arbeitsgruppe „Nachhaltiges Wirtschaften und Wachstum“, Thema II)
    Nächster Schritt: Gespräch der Bundeskanzlerin mit Bundesministerin Aigner mit Bitte um Prüfung und ggf. Erarbeitung eines Umsetzungsplanes des Ministeriums unter Beteiligung des Rates für nachhaltige Entwicklung.

20. Aufwertung des 3. Oktober als nationalen Gedenktag: Projekttag an allen Schulen, Bürgerfeste in allen Rathäusern, einheitliches Wiedervereinigungsdenkmal in allen Kommunen.
    (Siehe Vorschlag 2 der Arbeitsgruppe „Deutschlands Selbstbild“, Thema I, und Vorschlag „Einheitliches Wiedervereinigungsdenkmal“ von Werner Erhardt, Teilnehmer des Gesprächs der Bundeskanzlerin mit 20 Mitwirkenden des Online-Bürgerdialogs)
    Nächster Schritt: (1) Gespräch der Bundeskanzlerin mit Bundesminister Dr. Friedrich, (2) Diskussion der Idee des Projekttages mit den Ministerpräsidenten bei der Ministerpräsidentenkonferenz im Dezember 2012 (2) Gespräche mit Landkreistag und Städtetag.

21. Verbesserung und Vereinfachung der Regelungen zur Bürgerbeteiligung sowie Bündelung in einem Gesetz; Internet-Plattform, auf der aktuell eröffnete Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung von Bund und Ländern gebündelt werden.
    (Siehe Vorschläge 4 und 7 der Arbeitsgruppe „Chancen und Grenzen der Bürgerbeteiligung“, Thema I)
    Nächster Schritt: Gespräch der Bundeskanzlerin mit Bundesminister Dr. Friedrich.

22. Verbesserung der Transparenz des Regierungs- und Verwaltungshandelns, u. a. durch verbesserte Information über Regierungshandeln (z.B. durch Änderung im Bereich Informationsfreiheitsgesetz, Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesregierung, Haushaltsverfahren etc.)
    (Siehe Vorschlag 1 der Arbeitsgruppe „Chancen und Grenzen der Bürgerbeteiligung“, Thema I, Vorschlag 7a der Arbeitsgruppe „Nachhaltiges Wirtschaften und Wachstum“, Thema II sowie Vorschlag 4 der Arbeitsgruppe „Lernende Gesellschaft“, Thema III)
    Nächster Schritt: Gespräch der Bundeskanzlerin mit Bundesminister Dr. Friedrich und Bundesminister Dr. Schäuble.

23. Bessere Erfolgskontrolle von Gesetzen, Verordnungen u. ä. durch verstärkte Aufnahme von Befristungs- und Evaluationsklauseln und höhere Transparenz von Ergebnissen. In der Verwaltungspraxis soll sich ein stetiges Wechselspiel der Formulierung von Ex-ante-Wirkungserwartungen und Ex-post-Wirkungsüberprüfungen etablieren.
    (Siehe Vorschlag 10 der Arbeitsgruppe „Einzigartigkeit und Standortidentität“, Thema II, und Vorschlag 12 der Arbeitsgruppe „Lernende Gesellschaft“, Thema III)
    Nächster Schritt: Gespräch der Bundeskanzlerin mit Bundesminister Dr. Friedrich und Bundesministerin Leutheusser-Schnarrenberger.

24. Förderung des offenen, freien Zugangs („Open Access") der Wissenschaft zu Daten und Informationen (z. B. Ergebnisse von Studien der Bundesregierung und der Verwaltung; Datenbanken zu wissenschaftlichen Ergebnissen oder

Bildungsinhalten; Portal zu Innovationsprojekten).
(*Siehe u. a. Vorschlag 1 der Arbeitsgruppe „Lernende Gesellschaft“, Thema III)*
Nächster Schritt: Gespräch der Bundeskanzlerin mit Bundesministerin Prof. Dr. Schavan u. a. mit der Bitte um Prüfung, ob im Bereich der (öffentlich geförderten) Forschung exemplarisch Akzente für mehr Transparenz und Datenzugriff gesetzt werden können.

Über die Ergebnisse von Gesprächen und Prüfungen und weiteren Schritte informiert der Blog des Zukunftsdialogs: www.dialog-ueber-deutschland.de.